

LANDKREIS BIBERACH

## Landrat unterstützt Initiative Bleiberecht durch Arbeit

LESEDAUER: 4 MIN



Sozialdezernentin Petra Alger, Geschäftsführer Markus Winter, Landrat Heiko Schmid und Hermann Scheel, Leiter des Ausländeramts im Landratsamt, wollen gemeinsam Verbesserungen erreichen. (Foto: Landratsamt)

6. Februar 2020

SCHWÄBISCHE ZEITUNG

Drucken

Die Initiative „Unternehmer – Initiative Bleiberecht durch Arbeit“ und Landrat Heiko Schmid setzen sich gemeinsam dafür ein, dass Geflüchtete, die einen Arbeitsplatz haben und nicht straffällig geworden sind, in Deutschland bleiben dürfen. Darauf haben sich **Markus Winter**, Geschäftsführer der IDS Industriedienstleistung Süd aus Oberessendorf und Gründungsmitglied der

Unternehmerinitiative für ein Bleiberecht durch Arbeit, und der Landrat in einem Gespräch verständigt.

„Als in den Jahren 2015, 2016 und 2017 viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen, war uns allen bewusst, wie wichtig es ist, sie zu integrieren, ihnen die Sprache beizubringen und ihnen Arbeit zu geben. Die Unternehmen haben Verantwortung übernommen, Geflüchtete in Lohn und Brot gebracht“, so der Landrat. Viele hätten sehr schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können und seien nicht mehr auf staatliche Hilfen angewiesen gewesen. Jetzt brauchten die Unternehmen von der Politik auch eine klare Regelung, wonach diese langjährigen Arbeitnehmer, die sich nichts zuschulden haben kommen lassen und deren Asylantrag abgelehnt wurde oder voraussichtlich abgelehnt werden wird, auch nicht abgeschoben werden dürfen. Davon seien im Landkreis circa 150 Asylbewerber betroffen. Schmid unterstütze deshalb die Unternehmerinitiative und werde sich an Landesinnenminister Thomas Strobl (CDU) und die Landtagsabgeordneten des Kreises wenden. Außerdem versuche er über den Zusammenschluss aller Landkreise, den Landkreistag, initiativ zu werden. Ziel sei es, Regelungen zu finden, die den Unternehmen und den Geflüchteten dienlich seien. „Es darf zu keinen Beschäftigungsverboten und kurzfristigen Abschiebungen von arbeitsintegrierten Asylbewerbern mehr kommen.“

Diese, so Markus Winter im Gespräch mit dem Landrat, seien sehr ärgerlich. „Als Unternehmer haben wir viel Geld in die Einarbeitung und Ausbildung der Menschen investiert. Im Durchschnitt sind das zigtausende Euro, wenn man den gesamten Aufwand bewerten würde.“ Kleinere und mittlere Unternehmen könnten diesen Verlust in der Regel nicht kompensieren. Gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels sei es oft nicht möglich, diese plötzlichen Abgänge zu ersetzen. Deshalb wolle es die Unternehmerinitiative erreichen, dass Flüchtlinge mit ungesichertem Bleibestatus, die in Arbeit sind, Sozialversicherungsbeiträge zahlen, nicht straffällig geworden sind und ihre Identität nachweisen können, garantiert nicht mehr abgeschoben werden. „Ich bin dankbar, dass der Landrat unsere Anliegen unterstützt. Als Unternehmen haben wir in der Vergangenheit bereits sehr gut mit dem Amt für Integration und Flüchtlinge, mit dem Jobcenter und dem Ausländeramt des Landratsamts zusammengearbeitet und konnten erreichen, dass viele Flüchtlinge im Landkreis einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz fanden. Das wollen wir auch in Zukunft tun.“



0 Kommentare



© Schwäbischer Verlag 2020